

### Schreckenstaten allerorten.

Die Spartakisten verüben im ganzen Ruhrrevier Verbrechen über Verbrechen. Unter anderem zog eine Bande von 200 Mann zur Besatzung der Eisenbahnstationen in Witten, künnte das Magazin und raubte es aus. Ein anderer Trupp ließ die Förderfahrer hochziehen. Dann kürzten sie beladene Stein- und Kohlenwagen in den Schacht, in den die 200 Mann starke Gefangenschaft eingeschlossen war. Die verblühenden Wagen zertrümmerten den Förderkorb, so daß die Bergleute gefangen lagen. Es besteht nun zwar noch ein Durchschlag nach Schacht „Emscher“, aber auch dorthin zog der Trupp und zerstörte die Anlagen. Mann und wie es gelingen wird, die eingekerkerten Bergleute zu befreien, ist zur Stunde noch nicht zu sagen. Nach Ansicht der Verwaltung dauert die Reparatur mindestens 14 Tage. — In Wülfrath a. d. Ruhr sind nachts auf der Reichsbahn 170.000 Mark geraubt worden. Die Gemeinde Wülfrath ist durch dreitägige Sperrung der Reichsbahn so ausgeplündert, daß sie Konkurs anmelden muß.

### Verstärkungen der Regierungstruppen.

Entgegen den Gerüchten, daß die Regierungstruppen zurückgezogen werden sollen, wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß weitere Verstärkungen im Ruhrmarsch sind, da nur durch Besetzung auch der größeren Städte die Ruhe wieder hergestellt werden kann. — In Düsseldorf ist, wie fast im ganzen Ruhrrevier, der Generalstreik beendet. Die Verhandlungen der Vertreter der Eisenbahner des Direktionsbezirks Oberfeld, Essen und Münster mit der Reichsregierung haben zu Vereinbarungen geführt, wonach das Generalkommando Münster veranlassen soll, daß Bahn- und Bahnhofsbeschäftigungen ausschließlich von Eisenbahnern, von Polizei oder vom Generalkommando eingeleiteten Stellen ausgeübt und die Eisenbahner bewaffnet werden. Damit ist der Eisenbahnstreik beendet.

### Spartakusputsch in Baden.

Belagerungszustand über Mannheim. Mannheim, 24. Februar.

Bei einer Massenkundgebung, die gestern stattfand, wurde Baden zur Republik erklärt, nachdem ein Redner der Reichssozialisten, der Unabhängigen und der Kommunisten dem Beschluß zugestimmt hatte. Die Masse zog dann durch die Stadt und Spartakisten besetzten die öffentlichen Gebäude sowie die Zeitungen. Infolge dieser Vorkommnisse erklärte die vorläufige Regierung den Belagerungszustand über ganz Baden. Diese Maßnahme machte den Parteiführern, die die Unabhängigen Sozialisten und der hunderttausend unterbrochene Verkehr ist in vollem Umfange wieder aufgenommen. Mit Ausnahme von Mannheim herrscht in ganz Baden Ruhe.

### Die Reichsverfassung vor der N. B.

(11. Sitzung.) Weimar, 24. Februar.  
Die Nationalversammlung nahm heute nach der kurzen Unterbrechung ihre Arbeiten wieder auf. Scharf diskutiert wurde die Verlesung von Begründungslegierungen aus dem Reichs- und dem Reichswehrgebot. Der Entwurf des Reichswehrgebotes wurde vorläufig zurückgestellt, da die Unabhängigen Sozialisten die Absicht äußerten, bei dieser Gelegenheit die Münchener Forderungen zur Sprache zu bringen, was die Reichsregierung im Augenblick nicht für zweckmäßig hält.

Bei dem nun folgenden Beginn der ersten Lesung der neuen Reichsverfassung erhebt Abg. Gause (L. So.) Einwände, da zwischen der Mitteilung des Wortlauts an die Abgeordneten und dem Beratunqsbeginn nicht die notwendige Zeit von drei Tagen liege.

Präsident Fehrenbach teilt diese Ansicht nicht, da heute die Verfassung ja noch nicht „beraten“ werden, sondern zunächst nur die Begründungsrede des Ministers des Innern erfolgen solle.

Bei der nun folgenden Abstimmung, die gegen die Forderung des Abg. Gause entscheidet, stellt sich die deutsche nationale Volkspartei auf dessen Seite gegen die Mehrheit. Das Zusammengehen der äußersten Rechten mit der äußersten Linken wird im Hause mit „Aha“-Rufen und lautlicher Geisterlei begleitet.

### Reichsminister des Innern Dr. Preuß

Die Erklärung begründet, daß Deutschland sich dagegen verwahre, etwa ein minderstes Glied in den Bund einzutreten. Unter Beifall erscholl auch, als der Minister den Kleinsten Dank sagte für ihren bereitwilligen Bericht auf die positive und aktive Beteiligung an der Außenpolitik. Mit beherzter Genugtuung wurde die Mitteilung entgegengenommen, daß Bagern keinen Anspruch auf besondere Privilegien aufweise, so daß demnach eine wirkliche einheitliche Reichspostwache zu erwarten sei.

### Grundzüge des Völkerbundes

In seinen weiteren Ausführungen betont Minister Preuß: „Nur ein Bund der Völker ist selbstverständlich das neue Deutsche Reich, aber auch nicht ein Bund der Völkerverbände, sondern der Ausgangspunkt für die neue Beschaffenheit der Selbstregierung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit.“ Schon daraus ergibt sich die Unmöglichkeit, einem Wünsche nachzugeben, der vielfach in der Öffentlichkeit geäußert worden ist, dem zu einem neuen Staat umgewandelten Staatswesen den Namen der „Vereinigten Staaten von Deutschland“ zu geben. Gewiß, es läßt sich auch manches für diesen Namen sagen, aber er würde doch zweifellos einen partikularen Charakter bedeuten gegenüber dem Bestehenden. Es sind sehr wertvolle Erinnerungen, die das neue Reich aufnimmt, es Schwarz-Rot-Gold zu seinen Farben erklärt.

Der Minister schloß seine mehr als zweistündige Rede unter dem lebhaftesten Beifall der Mehrheit. Eine deutsche nationale Interpellation, die sich gegen einzelstaatliche Eingriffe in Kirchen- und Schulangelegenheiten richtet, wird auf die Tagesordnung der Dienstag-Sitzung gesetzt, die bereits um 10 Uhr beginnt.

### Der Oberbefehl im deutschen Heer.

Von militärischer Seite wird uns geschrieben: In wenigen Tagen wird der Nationalversammlung im Rahmen der Reichsverfassung auch die Neugestaltung der Würde des obersten Befehlshabers über das deutsche Heer zur Beratung vorliegen. Die Übergangszeit hatte gerade auf diesem Gebiete große Verwirrung geschaffen, da jeder wie wir es erst jüngst bei den Verordnungen über die Kommandogewalt erlebt haben. Der Mangel eines obersten Befehlshabers über die gesamte bewaffnete Macht des Deutschen Reiches hatte sich in schädlichster Weise fühlbar gemacht.

Es ist klar, daß die Spitze der Republik auch die oberste Befehlsgewalt im Heere inne haben muß. Darum ist davon abgesehen worden, dieses Amt dem Reichswehr-

minister zu übertragen, dessen Aufgaben in erster Reihe verwaltungstechnische sind, und der Reichspräsident wurde in dem neugefalteten Verfassungsentwurf zum obersten Befehlshaber der deutschen Wehrmacht ernannt. Seine Befugnisse auf diesem Gebiete sind durch die anderweitige Gestaltung der Frage über Krieg und Frieden gegen die frühere Gewalt der Kaiserzeit abgeändert. In erster Reihe müssen alle militärischen Anordnungen des Reichspräsidenten durch den Reichswehrminister gegengezeichnet werden, der dadurch die Verantwortung übernimmt. Ferner ist er verpflichtet, bei manchen Anordnungen sogar die Zustimmung der Nationalversammlung nachzusuchen, ohne deren Genehmigung derartige Maßnahmen nicht durchgeführt werden dürfen. Es handelt sich dabei um Unternehmungen gegen deutsche Gliedstaaten, welche ihren gesetzmäßigen Verpflichtungen nicht nachkommen, oder in denen durch Umtriebe die Ruhe und Ordnung gefährdet wird. In diesen Fällen ist der Reichspräsident berechtigt, mit der ihm zur Verfügung stehenden militärischen Macht einzuschreiten, sobald die N. B. die Genehmigung erteilt. Wir haben in den letzten Wochen genaugiam gesehen, daß spartakistische Minderheiten mehrfach versucht haben, die Ruhe und Ordnung zu stören und innerhalb des Deutschen Reiches einen verwaltungstechnischen Freundsörber aufzurichten, der die Sicherheit und den Bestand des ganzen Reiches zu gefährden imstande war. Diesem gemeinschädlichen Treiben wird durch diese Bestimmung der neuen Verfassung über die Rechte des obersten Befehlshabers des Heeres für alle Zeiten ein Riegel vorgeschoben und die ruhige Entwicklung des Reiches gewährleistet. Die Zusammenfassung der Befugnisse in der Hand des Reichspräsidenten ermöglicht auch die Einheitlichkeit aller Maßnahmen auf militärischen Gebieten, die für einen großen Staat unbedingt erforderlich ist, in den letzten Wochen aber zum Schaden unseres Gemeinweins völlig vernichtend wurde. Die Tatsache, daß jeder Soldat nur seine eigenen Befehle gibt, wird dadurch für die Zukunft unmöglich gemacht.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

Der Hofstaat des Reichspräsidenten. Der Reichspräsident Ebert ist damit beschäftigt, die Personen seiner engeren Umgebung auszumitteln. Als Kabinettschef wird der bisherige Unterstaatssekretär Baake zu ihm übertritten. Für die repräsentativen Funktionen ist der Direktor der Hamburg-Amerika-Linie, v. Holtendorff, in Aussicht genommen. v. Holtendorff ist ein Bruder des Admiralschiffschefs v. Holtendorff. Er soll die Aufgaben übernehmen, die früher in der monarchischen Zeit dem Oberhofmarschall oblagen. Vom Auswärtigen Amt wird der Geheimrat Radolin der engeren Umgebung des Reichspräsidenten zugezogen.

Von einer angeblichen Ministerreise, wobei namentlich Graf Brockdorff-Rantau genannt wurde, ist in letzter Zeit mehrfach in der Presse die Rede gewesen. Wie nunmehr Ministerpräsident Scheidemann einem Pressevertreter erklärte, sind all diese Gerüchte vollkommen aus der Luft geblasen.

An der letzten Front verlief nach dem amtlichen Bericht der 21. Februar ruhig. Dem feindlichen Artilleriefeuer bei Schrudon am Nachmittag des 21. folgten keine Angriffe. Nachträglich werden vom 21. Erkundungsvorträge gegen Trübsicht und Desern gemeldet, bei denen dem Gegner schwere Verluste zugefügt wurden. Bei Trübsicht wurden 35 Tote gezählt. Eigene Verluste: ein Loter, 7 Verwundete und 4 Vermisste, darunter 1 Offizier.

#### Belgien.

Amerikanischer 500-Millionen-Kredit. Die belgische Regierung hat mit den Vereinigten Staaten ein Abkommen getroffen, nach dem Belgien ein amerikanischer Kredit in Höhe von 500 Millionen Frank zur Deckung der Kosten für Materialien und Tiere zur Verfügung gestellt wird. Es handelt sich hauptsächlich um die Beschaffung von Material, wie Wagen, Autos, Schube, Kleidung, Telegraphen- und Telefonapparate, sowie um Pferde und Maultiere, die für diese Zwecke aus den Vereinigten Staaten bereits nach Europa gesandt wurden.

#### Amerika.

Die Stärke des amerikanischen Heeres soll nach den Erklärungen des Kriegsministers Baker im Senat 670 000 Mann betragen. Die frühere Friedensstärke des amerikanischen Heeres betrug 160 000 Mann. Bei der Besprechung des Antrages erklärte Baker, daß die geforderte Stärke nur eine vorübergehende Bedeutung habe, da eine ergblältige Festsetzung der Heeresstärke erst nach Abschluß der Verhandlungen der Friedenskonferenz stattfinden könne.

#### Aus In- und Ausland.

Amsterdam. Wie verlautet, telegraphierte der Kronprinz an Ebert und bat ihn, seiner Frau und seinen Kindern zu erlauben, nach Wieringen zu übersiedeln.

### Die roten und die grünen Hunderter.

Ein Finanzpolitiker schreibt uns: Der Titel ist eigentlich falsch und man müßte sagen: die blauen Hundertmarksteine mit dem (alten) roten Stempel und mit dem (neuen) grünen Stempel. Da sie aber seit neuester Zeit unter dem Namen der roten Hundertter gehandelt werden, so mag es auch dabei bleiben. Es war ja an sich auffallend, daß im Anfang November die Reichsbank dazu überging, die bisher rotseligen roten Noten mit einem andersfarbigen Trosenstempel zu versehen. Das hängt aber mit folgendem zusammen: Deutschland hat sich im Waffenstillstandsvertrage verpflichtet, müßte das in den besetzten Gebieten des Westens umlaufende deutsche Geld zum vollen Kurse einzulösen. Da das deutsche Geld im Ausland jetzt stark entwertet ist, lag darin natürlich ein starker Anreiz für Spekulanten, während der Zeit, in der Frankreich und Belgien diese Noten in ihr eigenes Geld umzutauschen, weiteres deutsches Geld nach diesen Ländern einzuführen und umzutauschen. Wollte sich verhindern war das natürlich nicht, denn es befanden sich große Bestände deutscher Noten im neutralen Ausland. Aber das Reich wollte sich vergebens dagegen schämen, daß irgend welche Schieber in Deutschland Reichsbanknoten billig aufkauften, um sie zu den erwähnten Zwecken den Weg nach Frankreich und Belgien machen zu lassen. Und deshalb wird seit Abschluß des Waffenstillstandes der grüne Trosenstempel benutzt, denn eine grün gestempelte Note kann eben nicht in besetzten Gebieten während des Krieges im Umlauf gewesen sein.

Wenn nun aber in Deutschland einzelne Überflüge einen Unterschied zwischen roten und grünen Hundertern glauben machen zu müssen, etwa ebenso, wie man zwischen russischen Zarenrubeln, Damarubeln und Bolschewikrubeln unterscheidet, so ist das, gelinde gesagt, Unsinn. Wie in der Volkstil, so wird natürlich auch in unserem Finanz-

wesen alles aufgedoten, um uns nicht auf russische Behaltnisse herunterfallen zu lassen. Und gerade, was unseren Notenumlauf anlangt, zeigt die letzte Zeit bereits, allerdings noch ganz leise, Zeichen einer sich anbahnenden Geländung. Um so falkcher ist es natürlich, diesen ernsthafte Bemühungen unserer Finanzleitung, die Kriegsschäden im deutschen Finanzwesen möglichst auszugleichen, durch derartig unverantwortliche Spekulationsmanöver entgegenzuarbeiten. Denn wenn sie für den Spekulanten selbst auch zwecklos sind, so hindert diese natürlich nicht daß sie der deutschen Währung als solcher schaden. 7.

### Neueste Meldungen.

#### Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier.

Halle. In einer Versammlung der Bergleute des mitteldeutschen Braunkohlenreviers in Halle wurde trotz des Einspruchs der Vertreter des Freier und Meuselwitzer Bezirkes der allgemeine Ausstand mit sofortiger Wirkung beschlossen.

#### Der verführliche Churchill.

London. Churchill erklärte in einer Rede: „Deutschland muß, nachdem es die gebührende Widerantwortung geleistet hat und für seine Verbrechen bestraft worden ist, in Stand gesetzt werden, ein Leben zu führen, das es mit seinem Völk und seiner veränderten Stellung in der Welt versöhnt: dergleichen Rußland, das dann ein Freund Großbritanniens und der Vereinigten Staaten bleiben wird.“  
Revolutionäre Unruhen in Italien.

Zeltbach. Die italienischen Behörden haben in den besetzten südländlichen Gebieten die ganze Demarkationslinie vom Brenner bis Kela hermetisch abgesperrt. Reisende berichten, daß niemand mehr über die Demarkationslinie gelassen und auf Zwilberhandeln geschossen wurde. Auch Mitglieder der Entente-Kommission werde das Überschreiten verweigert. Die Blätter meinen, daß die Absperrung auf schwere innere Unruhen in Italien zurückzuführen sei. In Mailand soll die „Lombardische Republik“ ausgerufen worden sei.  
Naturteile der Volkswirtschaft.

Selbstmord. Bisconti, der Minister des Innern, erklärte in der letzten Sitzung der Sowjetregierung, daß infolge des Bürgerkrieges die Zahl der bis 1. Januar 1919 auf Befehl des außerordentlichen Rats erschossenen Personen sich auf über 13 700 belaufe. Er stellte fest, daß man bezüglich der in den kleinen Städten und Dörfern sowie bolschewistischen Gemeinden erschossenen Personen keine Statistik besitze.

### Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

#### Beziehung der bayrischen Ministerposten.

München, 25. Februar. (tu.) Nachdem schon gestern ein Entschluß in der Frage der Beziehung der Ministerposten gefaßt war, sind die Verhandlungen heute wieder aufgenommen. Die Minister Jaffe, Dinnm, Frauendorfer und Unterleitner werden im Amte bleiben. Als Minister des Meusehen kommt mit Sicherheit eine Persönlichkeit in Frage, die das vollkommene Vertrauen des Auslandes genießt und eine genaue Kenntnis der deutschen Verhältnisse, auch der norddeutschen, besitzt. Die Bildung des Ministeriums wird noch einige Tage dauern, da die Beschaffung dem heutigen Rätekongress zuzustehen und die Verhandlungen über die Annahme der Aemter noch nicht abgeschlossen sind.

#### Drohende Streiks in Amerika.

Haag, 25. Februar. (tu.) Times melden aus New York, daß in ganz Amerika Streiks drohen, die sich gegen das Alkoholverbot vom 1. Juni richten. Der federative Zentralverband hat die Führung dieser Streikbewegung übernommen; er umfaßt weitans die meisten Gewerkschaften.

#### Der Mörder Eisners ein bisher Unbekannter.

Weimar, 25. Febr. (tu.) Der Vertreter Bagerns im Staatsauschuss Prof. Quide gab Erklärung, daß ihm in Weimar zugingen. Der Mörder des Ministerpräsidenten Eisner ist nicht, wie bisher gemeldet wurde, ein Graf Arco-Valley, sondern ein bisher Unbekannter. Der Täter hatte eine verkrüppelte Hand. Die genaue Feststellung wird sich erst ermöglichen lassen, wenn die Angehörigen des Arco-Valley, die München suchtachtig verlassen haben, zurückgekehrt sein werden.

#### Wiederaufnahme der Arbeit in sämtlichen Zechen des Dortmunder Grubenbezirks.

Dortmund, 25. Februar. (tu.) Auf sämtlichen Zechen des hiesigen Grubenbezirks ist die Arbeit wieder aufgenommen; das gleiche gilt von den sämtlichen Betrieben der übrigen Industrie.

#### Die Unruhen in Bayern nur auf München beschränkt.

Weimar, 25. Febr. (tu.) Nach den Mitteilungen, die bayrische Abgeordnete in den Wandbelgängen der Nationalversammlung machten, dürften die Zustände im Bereich des 2. und 3. Armeekorps als durchaus ruhig und geordnet gelten. Man nimmt an, daß die Unruhen sich auf München beschränken, nicht aber aufs Land übergreifen, sondern im Gegenteil, daß die Landbewohner durch Zufuhr ihrer Meinungserklärungen behouden. Bei mangelnder Lebensmittelzufuhr aber wird die Regierung des Räteystems in München von nicht allzu langer Dauer sein.

### Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen  
Wilsdruff, den 25. Februar 1919.

#### Unsere Obst- und Gemüseversorgung.

In einer Versammlung des Vereins zur Förderung des Obst- und Gemüseverbrauchs in Berlin sprach Stadtrat Grünner von der Reichsstelle für Gemüse und Obst über die Aussichten der Gemüse- und Obstversorgung Deutschlands im Jahre 1919. Die Reichsstelle hat damit begonnen, ihre Tätigkeit auf einzelnen Gebieten abzubauen, kann sie jedoch im großen und ganzen nicht einstellen. Der freie Handel soll soweit als möglich wieder in seine Rechte eingesetzt werden. Die Erzeugung und der Handel mit Früchosten werden in ihrer neuen Verfügung nicht behindert werden, jedoch werden unangemessene Preisforderungen nach wie vor als Kriegswucher geahndet. Beim Herbstobst muß man wieder mit Absatzbeschränkungen rechnen, da die Reichsstelle gezwungen sein wird, einen Teil der Erzeugung an die Marmeladenfabriken hinüberzuleiten. Auch Höchstpreise werden voraussichtlich wieder gelten. Die Reichsstelle hat ferner den Abschluß von Lieferungsverträgen von Früh- und Herbstgemüse vorgezogen. Volle Bewegungsfreiheit ist nur für Spargel, Spinat, Schoten, Rhabarber und einige andere Gemüse in Aussicht genommen. Die Versorgung mit Saatgut ist ausreichend gesichert, dagegen steht es auf